

des Einsehens ausweisender staatlicher Ordnungsbüroaus
davon kein Gebrauch gemacht und der Aktionsausfluß
an deren Stelle gesetzt worden ist. Dies ist jedoch
nicht der Fall. Staatliche Wirtschaftsmittel finden nicht
mehr und vor allem nicht rechtzeitig und in ausrei-
chendem Maße zur Verfügung. Ein Einsehen der noch
bestehenden nicht ausreichenden und durch die Vor-
gänge demoralisierten Kräfte hätte zweifellos zu einer
erneuten Niederlage der Polizei und damit zu einer
weiteren Schwächung der Staatsautorität geführt. Un-
ter diesen Umständen war das Verhalten der
sächsischen Regierung den Umständen an-
gemessen. Daß die sächsische Regierung im Falle
einer weiteren Ausbreitung der Bewegung alles getan
hätte um mit verfassungsmäßigen Mitteln, namentlich
den staatlichen Polizeikräften, der Lage Herr zu wer-
den, beweist der Umstand, daß sie, sobald ihr die Vor-
gänge bekannt wurden, für alle Polizeikräfte des Lan-
des Marschbefehl erteilt hat.

Stadtverordnetenversammlung in Aue.

Zu seiner 15. diesjährigen Stadtverordnetenversammlung
versammelte sich gestern Freitag nachmittag 1/2 Uhr das
Stadtverordnetenkollegium. Die Leitung lag in den
Händen des Stadtverordnetenvorsethers Frob. Der
Sitzung wohnten insgesamt 24 Stadtverordnete bei. Am
Raisische waren neben Bürgermeister Hofmann acht
Ratsmitglieder erschienen. Auch die gestrige Sitzung
hand wieder unter dem Zeichen der Teuerung und der
Erhöhung für verschiedene Leistungen. Zuerst wurde
die Gebühr für Abfuhr von Abtrümmeln antrags-
gemäß auf 120 Mark für 1 Kubikmeter erhöht. In
einer der letzten Sitzungen wurden Vorschriften verab-
schieden, die die Gewährung von Prämien bei freiwilli-
ger Freimachung von Wohnungen vorzöge. Zu diesem
Zwecke bewilligte das Kollegium ein Berech-
nungsgeld von 100 000 Mark, wobei es davon Kennt-
nis nahm, daß sich die beschlossene Einrichtung schon
insofern als segensreich erwiesen hat, als drei Wohnun-
gen freigemacht worden sind. Die Tagelöhner und
Reisekosten der Stadtverordnete, Beamten und Ver-
treter wurden den jetzigen Teuerungverhältnissen ange-
paßt und entsprechend erhöht. In der Frage der Er-
höhung der Kohlen- und Gasgeldbeiträge
sowie der Befreiung von Karzoffeln für Klein-
und Sozialrentner wurde vom Stv. Wilhelm
der Antrag gestellt zu beschließen, die Beträge nicht wie
vorgesehen nur zu verdoppeln, sondern sie zu verdrei-
fachen. Diefem Antrage des Stv. Wilhelm, der in der
neuerlichen Erhöhung der Kohlen- und Gaspreise be-
gründet ist, tritt das Kollegium unter Bewilligung der
Mehrkosten von 75 000 Mark für die zweite Hälfte des
laufenden Jahres bei. Die Erhöhung der Bezüge
des Jmpf., Polzei- und Armenarztes, sowie
des Schularztes findet die einstimmige Zustimmung
der Stadtverordneten. Von Reich und Land wird nach
gesetzlichen Vorschriften eine Wohnungsbaubau-
gabe erhoben. Die Gemeinden sind berechtigt, einen
besonderen Zuschlag bis zu 75 Prozent des
Friedensnutzungsabzuges von Gebäuden zu erheben. Der
Stadtrat hat vorgeschlagen, diesen Satz auf 50 Prozent
festzusetzen. Diefem Ratsbeschlusse tritt das Kollegium
gegen vier Stimmen der kommunistischen Fraktion mit
der Einschränkung bei, daß die örtliche Wohnungsbaubau-
abgabe nicht schon vom 1. April 1922, sondern erst vom
1. Oktober 1922 an zu erheben ist, wie Stv. Frob.
beantragte. Dieser Punkt der Tagesordnung zeitigte eine
ausgedehnte Aussprache, an der sich mehrere Stadtver-
ordnete und Bürgermeister Hofmann und Stadtrat
Frogler beteiligten. Die Vergütungen an die
Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr für Teil-
nahme an Bränden und Wachen werden den Zeitver-
hältnissen angepaßt und entsprechend erhöht. Wie be-
kannt, hat sich in Aue ein Museumsverein gebil-
det, der im Frühjahr dieses Jahres im alten Stadt-
verordnetenversammlungssaale eine Ausstellung veranstaltet
hat, die das Interesse weitester Bevölkerungsschichten un-
serer Stadt hervorrief. Der Museumsverein denkt an
die Gründung eines Stadtmuseums und an die Wieder-
errichtung der Taufend-Gedenkstätte. Ueberdies plant
er eine Feier aus Veranlassung der 750. Wiederkehr
der Stadtgründung, die auf den Monat Mai 1923
fällt. Die weitestgehenden Ziele des Vereins können
unter den jetzigen Zeitverhältnissen leider nicht zur Tat-
sache werden, weil sie enorm hohe Kosten verursachen.
Der Rat hat aber vorgeschlagen, dem genannten Verein
zur Befolgung seiner Ziele den Betrag von zunächst
80 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Das Kollegium
tritt diesem Ratsbeschlusse bei. Erhöht wurde die Be-
teiligungssumme am Stadtbade Ober-
schlema auf 100 000 Mark. Um unserer Stadtkapelle
das Weiterbestehen zu ermöglichen, wurde die
städtische Unterstützung für dieses Unternehmen von bis-
her 50 auf 150 000 Mark fürs laufende Jahr erhöht.
Einer Erhöhung des Lichtstrompreises und des Kraft-
strompreises auf 44 Mark bzw. 35 Mark für eine Kilowatt-
stunde und des Gaspreises auf 22 Mark für 1
Kubikmeter wurde zugestimmt. Bei dieser Gelegenheit
wurde festgestellt, daß zukünftig die Mieten für Gas-
messer unter 10 Flammen vollkommen wegfallen. Bei
größeren Gasmessern soll sie bestehen bleiben und durch
das Werk selbst angemessen erhöht werden. In der
Reppelnstraße und Schneberger Straße macht sich die
Regung elektrischer Lichtleitung nötig. Die Ausfüh-
rung wurde unter Bewilligung der anteiligen Mittel
genehmigt, wobei Stadtverordneter Sonntag die nöti-
ge Leitung elektrischer Leitung in der Mozartstraße
anregte. Die Verwendung des Restkaufgeldes für die
Schäferwiese wurde nach dem Vorschlag des Finanzaus-
schusses beschlossen.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen der
gestrigen Stadtverordnetenversammlung nahm der Antrag des
selbstbetreffenden Stadtverordnetenvorsethers Brandt

und seiner Fraktionskollegen ein. Er fordert Mittel,
die der Verelendung der minderbemittelten
Klassen der Arbeiter, Invaliden, Sozialrentner, sowie
des Kriegerverwundten entgegenzusetzen soll. Es wurde
insbesondere gewünscht, die kostenlose Verabreichung
von Mitteln an diese Rentner und Witwen, deren
laufende Versorgung mit kostenlosem Heizmaterial, die
Einrichtung von 1 oder 2 Wärmehäfen in städtischen
Gebäuden zum Nutzen der mittellosen Bevölkerung,
die sofortige Erhöhung der Unterstützungssätze unter
Ausnützung des amtlich errechneten Existenzmini-
mums. Den Antrag begründete stellv. Stadtverordneter
Brandt in längeren Ausführungen, worauf Stadtrat
Frogler in längerer Rede die Stellungnahme des
Rats kennzeichnete und in der er betonte, daß der Ein-
tragsteller zwar Forderungen aufgestellt, nicht aber die
Mittel und Wege gezeigt habe, wie man die geforderten
Beschlüsse durchzuführen könne. Nach seiner vorläufig
aufgestellten Rechnung betragen die Kosten, wenn man
die gehörigen Wünsche durchführt, für das Winterhalbjahr
1922 mehr als 25 Millionen Mark. Der Antrag
kann also der Kostenfrage wegen nicht durchgeführt
werden, er muß aber auch aus Gründen technischer Art
scheitern. Ueberdies sei ein Teil der Forderungen bei
uns durch frühere Beschlüsse schon durchgeführt. Stadtrat
Frogler ist der Meinung, daß man nicht mit gene-
rellen Beschlüssen das Richtige trifft, sondern daß man
vielmehr weitestgehende Einzelbehandlung aller Anträge
auf Unterstützung bedürftiger Personen ins Auge zu
fassen hat. Er bittet als Vorstand des Fürsorgeamtes
alle Kreise unserer Stadt, ihm solche Personen namhaft
zu machen, die erhöhter Unterstützung bedürftig sind.
Den städtischen Anträgen bittet er dem Fürsorge-
auschuß als Material zu überweisen. Zur Sache sprachen
noch die Stadtverordneten Brandt, Günzel,
Golditz und Raabe, worauf man einstimmig be-
schloß, den Brandt'schen Antrag an den Fürsorge-
auschuß zur Vorberatung gelangen zu lassen, was schon
in der nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung des ge-
nannten Ausschusses geschehen wird. Der 10. Nachtrag
zum Dringlichkeitsgesetz, der die Rechte und Pflichten,
die Anstellungsverhältnisse usw. der Beamten betrifft,
findet die einstimmige Zustimmung der Stadtverordne-
ten, wie man auch der Erhöhung des Teuerungszu-
schlages zu den Gebühren des Schornsteinfe-
germeisters auf 1400 Prozent zustimmt. In ver-
schiedenen Stadtteilen ist neue Hauptwasserlei-
tung zu legen. Dem Wasserwerk ist die Lieferung von
Kohlen zu günstigen Bedingungen angeboten worden.
weßhalb man schon jetzt Anschaffung beschließt und
120 000 Mark Mittel aus dem Betriebsvermögen des
Wasserwerkes hierfür bewilligt. Die außerordentlich
reichhaltige Tagesordnung der öffentlichen Stadtverord-
nenversammlung war gegen 1/10 Uhr beendet. Ihr folgte
eine nichtöffentliche, die gegen 10 Uhr geschlossen wurde.

Von Stadt und Land.

Aue, 23. September 1922.

Flaggen heraus ergeht zur 80-Jahrfeier des All-
gemeinen Turnvereins (D. T.) der Ruf. Nochmal
läßt der Verein Freunde und Gönner der Turnsache zum
Jubiläum durch ein Inserat in diesem Blatte ein. Daraus ist
gleichzeitig die Festfolge zu ersehen. Ueber den turnerischen
Teil haben wir schon des öfteren geschrieben. Auch eine An-
zahl fremde Turner werden sich an diesen Veranstaltungen
beteiligen. Ihnen ein

herzlich Willkommen und Gut Heil.

Über nun: ein Turnfest ohne viel Fahnen und Häuferschmud
ist nicht denkbar. Freilich auf ein buntes freundliches Straßen-
bild wie in den Vorkriegsjahren wird man wohl verzichten
müssen. Nicht tausend Hände werden sich regen und mit
Gürtelbinden und Häuferschmuden sich beschäftigen. Die
Not im Volke ist zu groß, für die Feste fehlt die notwendige
Stimmung. Doch hinaus einmal morgen mit den Alltags-
sorgen. Betrachtet die Turner. Geht mit ihnen in Gedanken,
seht bei ihnen und ihr werdet Freude empfinden an dem edlen
Sport, der alles vergessen läßt, ja mehr: der erkennen läßt,
was wir noch aus allem Elend gerettet haben, das uns niemand
nehmen kann, unsere deutsche Art, die Geistes- und Körper-
betätigung und Lebung, die trotz alledem dem Volke noch voran
ist. Vergesst heute und

flagt und schmüht,

vergesst morgen und
seid frisch, fromm, fröhlich und frei
wie es die Turner sind.

Das Justizministerium gegen den Bucher. Ebenso wie
die Regierung von Thüringen hat auch das sächsische Justiz-
ministerium umfassende Maßnahmen getroffen, um den sprunghaft
steigenden Preisverhältnissen der allerletzten Wochen mit Nachdruck
zu begegnen. Es werden bei den Staatsanwaltschaften an
den Landgerichten eigene Abteilungen gebildet, denen
ausschließlich die Bekämpfung der Buchervergehen im Einver-
nehmen mit den örtlichen Preisprüfungsstellen obliegt. Ihre
Leitung ist besonders erfahrenen und vorgebildeten Beamten
übertragen, die soweit erforderlich, von allen anderen Dienst-
geschäften entlastet werden. Dadurch wird nicht nur eine be-
schleunigte Strafverfolgung der Verkäufer und Schleier er-
möglich, die neue Einrichtung gewährleistet vielmehr auch die
nötige Rücksichtslosigkeit im Kampf gegen alle die Kreise, die
in dieser schweren Zeit mehr denn je darauf ausgehen, sich auf
Kosten der Allgemeinheit die Taschen zu füllen.

Der Präsident des Landesstriminalamtes. Das Ministerium
des Innern hat den Oberregierungsrat bei dem Polizeipräsi-
dium zu Dresden, Dr. Wallich, vom 1. Oktober 1922 als zum
Präsidenten des neuerrichteten Landesstriminalamtes ernannt.
Abfassung der Anklagebank. Wie der Teunton-Sach-
sendienst erklärt hat der sächsische Justizminister Dr. Zeigner
angeordnet, die sogenannte „Anklagebank“ in Zukunft nur noch
in den Fällen benutzen zu lassen, in denen diese zur Unter-
bringung von Angeklagten Verpondung finden muß, die eines
Nichtverurteiltes oder einer anderweitigen Sühnung der Verurteil-
ten bedürftig sind.

Die neuen Gehaltsaufstellungen für Beamte und
Staatbedienstete, die zwischen der Reichsregierung und den
Episodenverbänden der Organisationen für September verein-
bart worden sind, bringen eine Durchschnittserhöhung der bis-
herigen Einkommen von 46 Prozent. Die Löhne der Staats-
bediensteten werden um 24,50 Mark pro Stunde erhöht, und zwar
werden 22,50 Mark Zuschlag zum eigentlichen Lohn und 1,00
Mark zur Kinderbeihilfe gezahlt. In einer Besprechung der

Veranstaltung und im Uebereinstimmung mit dem Reichstages
wurden diese Sache nachträglich bewilligt. Der Senatrat
wünschte die dringliche Ausführung, auch an die Beamten des
Landes und die Lehrer. Von Regierungseits wurde das ge-
wünscht.

Dem Bewerberamt. Die Dienststunden des Ge-
werbeaufsichters sind vom 1. Oktober 1922 bis 31.
März 1923 wie folgt geregelt: Montag bis Freitag, von
vormittags 8 Uhr bis mittags 12 Uhr und von 2 Uhr bis 4
Uhr nachmittags. Sonnabends von 10 Uhr vormittags bis
1 Uhr nachmittags.

Durchgehende Regelung der Bedienstetenabteilung in
Sachsen. Der Landesauschuß des sächsischen Handwerks hat
in seiner aus allen Teilen des Landes zahlreich besuchten Ver-
sammlung den bemerkenswerten Beschluß gefaßt, die von
den Landesfachverbänden aufgestellten Richtlinien für die
Entschädigung der Bediensteten für nicht gewährte Post und Woh-
nung durch die Gewerbestammern für jeden Berufsstandgen
rechtsverbindlich erklären zu lassen. Die Gewerbestammern er-
klären, daß der Gewerbestammern bereits den Beschluß gefaßt
habe, durch einen Nachtrag zu den Bedienstetenrichtlinien der
Kammern die Durchführung derartiger Anträge der Landes-
fachverbände zu ermöglichen. Für das Tischlergewerbe ist die
Regelung bereits beantragt.

Gebirgsfahrt. Gestern um 9 Uhr abends überschritt die
Sonne in ihrer scheinbaren Jahreswanderung mit ihrem
Mittelpunkt wieder den Äquator, um sich während der kom-
menden sechs Monate über der südlichen Dolden aufzuhalten.
Dieser kalendrische Beginn des Herbstes hinkt nach dem
schlechten Sommer erheblich hinter den meteorologischen Ver-
hältnisse her, denn herbstliche Witterung herrscht schon seit
Wochen und hat uns im Grunde genommen schon einen erheb-
lichen Teil des Sommers verdrängt. Der Gegensatz zwischen
dem heißen, trockenen und ungewöhnlich langen Sommer von
1921 und dem Sommer in diesem Jahre ist außerordentlich
groß, so bedeutend, daß sich in diesem Sommer ein ganz anderes
klimatisches Bild als im vergangenen dargeboten hat.

Christlicher Elternverein. Die christliche Elternvereinigung
des Viertels eröffnete mit ihrer Versammlung am Donnerstag
im Pfarrhaussaale nach einer Sommerpause die Reihe ihrer
Vereinsabende des Winterhalbjahrs. Der Besuch war auch
sehr gut, besonders waren Vertreter aller Erwerbsklassen un-
serer Einwohnerschaft anwesend. Bei Beginn bezeugte der
Vorstande Stadtrat Rogner den Versammlungstag als einen
wichtigen Erinnerungstag, da an ihm vor 400 Jahren unser
großer Reformator Luther dem deutschen Volke die deutsche
Uebersetzung des neuen Testaments gab. Hauptpunkt der Ver-
handlungen war eine Besprechung wegen der jüngsten Verord-
nungen des Kultusministeriums über die Teilnahme von Lehr-
ern und Schülern an den sächsischen Sonderfeiertagen und
über den Wegfall von Gebet, Andacht und kirchlichem Gesang
beim gewöhnlichen Schulunterricht. Eine diesseitige Aussprache
zeigte, daß sich über diese beiden, gegen die Reichsverfassung
verstoßenden Anordnungen in der christlichen Bevölkerung
eine heftige Entrüstung zeigt, die zu starker Verbitte-
rung führen muß. Das Ergebnis der Besprechung war
denn auch der einstimmige Beschluß, an das Kultusministerium
eine Protest-Resolution abzugeben, in der die etwa 4000 Mit-
glieder der Vereinigung fordern, daß die betreffenden Verord-
nungen schleunigst wieder aufgehoben werden, weil man sonst
für Aue eine ev.-luth. Bekenntniskirche fordern müsse. Ver-
schiedene innere Angelegenheiten ergänzten die Beratungen,
die mit Gebet eröffnet und geschlossen, weiter aber durch Ge-
sänge umrahmt wurden und äußerst anregend für alle Teil-
nehmer verliefen.

Eine Handwerkerversammlung findet wie aus dem Inserat
in vorliegender Nummer hervorgeht, nächsten Montag statt,
die von der Wirtschaftlichen Vereinigung für Handel und Ge-
werbe einberufen und als wichtig bezeichnet wird.

Bereit zu Ueberstunden! Die staatlichen Ruderwerke
Kalkrode, die einen großen Teil der Ruderfabriken mit Kalk
verforgen, sind mit den Lieferungen fast im Rückstande. Die
Arbeitervertreter haben sich daher im Interesse des Volksganges
unter Zurückstellen aller Bedenken bereit erklärt, bei Beleg-
schaft für den Abschluß eines Ueberzeitabkommens einzutreten;
es soll bis auf weiteres täglich, mit Ausnahme des Sonnabends,
eine Stunde länger gearbeitet werden. Die Belegschaftsver-
sammlung stimmte dem Abkommen zu.

Theater, Konzerte, Vergnügungen, Kunst.

Sarrasani in Jwidau nur noch wenige Tage! Es ist ein
gewisses Ereignis, das Jwidau erlebt. Die berühmte Sarrasani-
Schau hat sich pompös entfaltet. Die Ueberraschungen
sind imponierend, die ganz frisch erkundene Heldstadt, die durch
tausend fleißige Hände in Sturm und Wetter auf dem Hinden-
burgplatz aufgebaut wurde, macht großen Eindruck. Sarrasani
prächtigt Löwengruppe ist eine Lebenswahrheit, um deren
Willen man nach Jwidau pilgern sollte, denn wie lange
ist es her, daß wir große Raubtierdresuren nicht mehr gesehen
haben! Die spanischen Kampfstiere, die Vollblutmaultiere, die
40 Urobären in der Luft, auf dem Turm, auf dem Vodium,
in der Manege! Und schließlich die Herbedressuren! Als
Sarrasani das letzte Mal in Jwidau war, war dieses Gebiet
noch wenig ausgebaut. Aber nun hat der berühmte Ernst
Schumann, der Urmelher der Dressurkunst, seine Tätigkeit bei
Sarrasani aufgenommen und Wunder entfalten sich. Die
ganze Circusgeschichte kennt nichts dergleichen, man muß das
sehen!

Der romantische Abend von Diefelott und Conrad
Berner am Dienstag, den 20. September im Bürgergarten
verspricht auch in seinem instrumentalen Teil Seitens und
Interessantes. Berner, der als der bedeutendste Viola Violen-
virtuose bezeichnet wird, bringt außer den Vorträgen auf die-
sem Instrument mit seiner Konzerte auch das Konzert des
Regimentstrossenpaganini zu Gedr, das durch seine vielgerühmte
Virtuosität und vollendete Meisterhaftigkeit stets erstaunliche
Wirkungen auslöst. Diefelott Berner, die stimmlich und künstlerisch
herausragende Sängerin bringt einen herrlichen Strauß schön-
ster Lieder.

Schwarzenberg, 22. September.

Die auf Sonntag angelegte Stadtverordnetenwahl findet
nicht statt, nachdem die städtischen Körperschaften Neuausschrei-
bung der Wahl beschlossen haben, weil der Wahlvorschlag der
Kommunisten zu spät eingegangen war. Die Wahl soll jetzt am
20. Oktober stattfinden.

Wägen L. B., 22. September. Einschränkung des
städtischen Wohnungsbau-Programms. Durch
die ungeheure Steigerung der Kosten für Baustoffe und Löhne
werden auch die städtischen Wohnungsbauten stark betroffen.
Wie in anderen Orten, wird sich auch bei einem Teile derselben
die Pausenstellung nicht vermeiden lassen, wenn die erforder-
lichen Geldmittel nicht beschafft werden können. Es sollen
deshalb zunächst nur die vorgeschrittenen Bauten vollständig
fertiggestellt werden.

Limbach, 22. September. Der Haupttäter des
Seibediebstahls verhaftet. Wie wir von unter-
richteter Seite erfahren, ist der Haupttäter des bei der Firma